Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/1498
26. 05. 95

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 31. Mai 1995 am Donnerstag, dem 1. Juni 1995

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Blunck, Lilo (SPD)	1
Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD)	13, 14
Buntenbach, Annelie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33
Conradi, Peter (SPD)	5, 6
Gansel, Norbert (SPD)	15, 40
Hagemann, Klaus (SPD)	24
Hiksch, Uwe (SPD)	26, 27
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	12
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	11, 39
Krüger, Thomas (SPD)	22, 23
Krziskewitz, Reiner (CDU/CSU)	25
Dr. Leonhard, Elke (SPD)	4
Mehl, Ulrike (SPD)	16, 17
Dr. Meyer, Jürgen (Ulm) (SPD)	20, 21
Müller, Christian (Zittau) (SPD)	7, 8
Schily, Otto (SPD)	34, 35
Schlauch, Rezzo (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	37, 38
Schönberger, Ursula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2, 30
Schütz, Dietmar (Oldenburg) (SPD)	31, 32
Schulze, Frederick (CDU/CSU)	36
Schwanitz, Rolf (SPD)	9, 10
Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	18, 19
Wilhelm, Hans-Otto (Mainz) (CDU/CSU)	28, 29
Zierer, Benno (CDU/CSU)	3

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordnete
Lilo Blunck
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, einzelne unbebaute Teilflächen des Kasernengeländes in Pinneberg, die nach der neuen Stationierungsplanung der Bundeswehr zukünftig nicht mehr benötigt werden, kurzfristig und abschnittsweise freizugeben, so daß diese Flächen von der Stadt Pinneberg für den Wohnungsbau – auch zur Deckung des Bedarfs von Bundeswehrbediensteten – genutzt werden können?

2. Abgeordnete
Ursula Schönberger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung die Aussagen der Sendung ZDF Special vom 25. Mai 1995 (19.15 Uhr) bestätigen, daß US-amerikanische Streitkräfte in Misau und Baumholder den Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran, die im Krieg gegen den Irak eingesetzt wurde, geübt haben, und wenn ja, welche Übungen wurden in Deutschland genau durchgeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

3. Abgeordneter
Benno Zierer
(CDU/CSU)

Welche Vorkehrungen sind bisher getroffen, um zu verhindern, daß Sozialhilfe, deren Bezug nicht an einen festen Wohnsitz gebunden ist, von einer Person an mehreren Orten beantragt und auch bezogen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

4. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)

Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach die Deutsche Post AG in der Eifel alle Postämter und Poststellen im Bestand gefährdet sieht, die weniger als 25 Stunden pro Woche geöffnet und nur mit einem Mitarbeiter besetzt sind, und diese durch sogenannte Postagenturen ersetzen will, die allerdings von Privatpersonen geführt werden und nicht die Leistungspalette einer Postfiliale anbieten, und wie ist nach Ansicht der Bundesregierung ein solches Vorhaben mit dem Infrastrukturauftrag der Post in Einklang zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

5. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung die Asbestsanierung des „Palasts der Republik" in Berlin ausschreiben, und wird sie bei der Ausschreibung die Anbieter auffordern, alternative Angebote für eine Asbestentsorgung mit darauffolgendem Abriß und für eine Asbestsanierung für Umbau und Weiternutzung des Gebäudes machen?

6. Abgeordneter **Peter Conradi** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine Haushaltsunterlage Bau (HU Bau) gemäß § 24 BHO für den geplanten Abriß des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen DDR-Regierung vorlegen, und wann soll mit dem Abbruch begonnen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

7. Abgeordneter **Christian Müller (Zittau)** (SPD)

Wie viele Management-Kommanditgesellschaften bestehen derzeit noch, an denen die Treuhandanstalt bzw. deren Nachfolgeorganisation, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderausgaben, als Kommandantist beteiligt ist, und wie viele Unternehmen stehen derzeit unter der Obhut von Management-Kommanditgesellschaften?

8. Abgeordneter **Christian Müller (Zittau)** (SPD)

Welche konkreten Ergebnisse hinsichtlich Sanierung und Privatisierung von Unternehmen unter der Obhut von Management-Kommanditgesellschaften erwartet die Bundesregierung für das Jahr 1995 generell, und welche werden in diesem Jahr als sanierte Unternehmen in die Privatwirtschaft entlassen?

9. Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)	Verfolgt die Bundesregierung bzw. die bundeseigene „Gesellschaft für kommunale Altschulden und Sonderaufgaben im Zusammenhang mit der Währungsumstellung mbH" die gerichtliche Durchsetzung ihrer Forderungen aus den sog. Altschulden für gesellschaftliche Einrichtungen gegenüber den ostdeutschen Gemeinden oder ist sie bereit, jenseits der strittigen Rechtsauffassungen der Beteiligten eine pragmatisch-politische Lösung dieser Probleme in Verhandlungen mit den Landesregierungen der neuen Bundesländer einschließlich der betroffenen Gemeinden anzustreben?
10. Abgeordneter **Rolf Schwanitz** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die seit dem 1. Juli 1990 aufgelaufenen Zinsen auf sog. Altschulden ostdeutscher Gemeinden für gesellschaftliche Einrichtungen zum Teil oder zur Gänze vom Bund übernommen werden müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

11. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)	Was unternimmt die Bundesregierung, damit eine gesetzliche Regelung der Zulassungs- und Haftungsbedingungen für Versicherungsvermittler geschaffen wird?
12. Abgeordneter **Dr.-Ing. Rainer Jork** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, traditionell spezifische und geachtete Berufe, wie Stuhlmacher, Hufschmied, Glasbläser, auch in Zukunft zu erhalten, so daß Erfahrung und Tradition nicht verlorengehen und entsprechende Auszubildende geschult werden können?
13. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)	Zu welchem Zeitpunkt hat der Bundesminister für Wirtschaft die sofortige Außerkraftsetzung der Empfehlungen einer Studie aus dem Jahre 1984 und die Bekanntgabe der Autoren der Studie angeordnet, in der die Deutsche Zentrale für Tourismus in New York angewiesen wurde, keine Touristen in den USA zu werben, die Juden, Schwarze, Spanier oder US-Amerikaner aus unteren Einkommensschichten sind?

14. Abgeordneter **Hans Büttner (Ingolstadt)** (SPD)

Weshalb duldete der Bundesminister für Wirtschaft die fristlose Kündigung und duldet jetzt die fristgerechte Kündigung des Stellvertretenden Leiters der Deutschen Zentrale für Tourismus in New York sowie zweier weiterer Mitarbeiterinnen, die die Zentrale in Frankfurt darauf hingewiesen haben, daß nach wie vor eine rassendiskriminierende Studie aus dem Jahre 1984 Arbeitsgrundlage der Deutschen Zentrale für Tourismus in New York ist und in der New Yorker Zentrale nicht nur eine Frau beschäftigt war, die die Auschwitzlüge propagiert hat, sondern darüber hinaus weitere antisemitische Handlungsweisen zu beobachten waren?

15. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Aus welchen Gründen beabsichtigt die Bundesregierung 61 Panzer vom Typ Leo I an Brasilien zu verkaufen, und welche „vitalen Interessen der Bundesrepublik Deutschland für eine ausnahmsweise Genehmigung" (Rüstungsexportpolitische Grundsätze der Bundesregierung) liegen in diesem Fall vor?

16. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Wann werden nach Kenntnis der Bundesregierung die Ölplattformen in der Ostsee vor der Schwansener Küste im Kreis Rendsburg-Eckernförde stillgelegt, und welche rechtlichen Anforderungen werden an die Beseitigung und Entsorgung dieser Plattformen nach Beendigung der Nutzung gestellt?

17. Abgeordnete **Ulrike Mehl** (SPD)

Wie wird nach Kenntnis der Bundesregierung sichergestellt, daß durch die Stillegung, den Abbau und die Entsorgung dieser Plattformen keine Beeinträchtigung der Ostsee erfolgt, und wie wird die Finanzierung der dazu erforderlichen Maßnahmen gesichert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

18. Abgeordneter **Hans-Eberhard Urbaniak** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß die Bauindustrie überproportionale tödliche Betriebsunfälle auf Baustellen zu beklagen hat, nämlich ein Drittel aller tödlichen Arbeitsunfälle?

19. Abgeordneter **Hans-Eberhard Urbaniak** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Mißstände zu beseitigen und einen höheren Sicherheitsschutz auf Baustellen zu gewährleisten?

20. Abgeordneter **Dr. Jürgen Meyer (Ulm)** (SPD)

Wird sich die Bundesregierung für eine baldige Verabschiedung der Entsenderrichtlinie der Europäischen Union einsetzen, um dadurch einer Arbeitsmarktspaltung entgegenzuwirken, auch wenn der Sachverständigenrat der Bundesregierung zur Entsenderrichtlinie die Auffassung vertritt, daß zu unterscheiden sei zwischen gesetzlichen Regelungen, für die das Produktionsortprinzip gelte, und tarifrechtliche Regelungen, auf die das Sitzlandprinzip anzuwenden sei?

21. Abgeordneter **Dr. Jürgen Meyer (Ulm)** (SPD)

Denkt die Bundesregierung daran, zur Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping in der EU zumindest über eine nationale Gesetzgebung die am Produktionsort gültigen Arbeitsbedingungen verbindlich festzuschreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

22. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Trifft es zu, daß die neuen Bundesländer für den Aufbau der Dienststellen für Zivildienstleistende einen Zuschlag zu den normalen Sätzen in Höhe von 4,50 DM bekommen, und wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß der Westteil Berlins von diesen Zuschlägen ausgenommen wird, obwohl sich der Westteil Berlins seit 1990 in derselben Situation des Aufbaus vom Punkt Null befindet?

23. Abgeordneter **Thomas Krüger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tätigkeit der Interessenvereinigung für Humanistische Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. auf dem Feld der Jugendarbeit und Jugendbildung sowie als Träger der Jugendweiheveranstaltung, und beabsichtigt sie, das Gesprächsangebot der Interessenvereinigung vom 18. April 1995 aufzugreifen?

24. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)

Trifft es zu, daß die Wohlfahrtsverbände für die Einführungskurse der Zivildienstleistenden einen täglichen Aufwand zwischen 80 DM und 100 DM haben, vorausgesetzt sie unterhalten eigene Häuser und tragen damit nicht noch höhere Kosten, und wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß bei einem derzeitigen Tagessatz von 50 DM durch die öffentliche Hand der Eigenanteil der Träger immer größer wird und gleichzeitig die Einführungsphase im aktiven Wehrdienst voll und ganz durch die öffentliche Hand getragen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

25. Abgeordneter
Reiner Krziskewitz
(CDU/CSU)

Trifft es entsprechend der Pressemeldung in der Mitteldeutschen Zeitung vom 6. Mai 1995 zu, daß sich gewünschte Netzergänzungen im Bereich Braunschweig (A 39) und Goslar (B 6n) nicht realisieren lassen, und daß das Bundesministerium für Verkehr auch das gesamte Bauvorhaben der B 6n in naher Zukunft in Frage gestellt sieht, selbst in der Gefahr, daß das Ausbleiben dieser Strecke als wirtschaftlich lebensnotwendige Verkehrsanbindung des Nordharzes und als Verbindung des niedersächsischen mit dem sächsischen Wirtschaftsraum für die Region in Sachsen-Anhalt sowie für die benachbarten Räume erhebliche Rückwirkungen auf dem Arbeitsmarkt haben wird?

26. Abgeordneter
Uwe Hiksch
(SPD)

Sieht die Bundesregierung hinsichtlich der Nutzung bzw. Bedeutung der Bundesautobahn A 73/A 71 einen Unterschied in der Antwort zu Frage 8 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 13/1228) und der Antwort zu Frage 3 der Kleinen Anfrage der Fraktion der SPD (Drucksache 13/928)?

27. Abgeordneter
Uwe Hiksch
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die unterschiedliche Betonung der Nutzung der A 73; einerseits als Regionalautobahn, andererseits als Verkehrsweg für den „nationalen landesgrenzüberschreitenden Fernverkehr"?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

28. Abgeordneter **Hans-Otto Wilhelm (Mainz)** (CDU/CSU)	Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über biologische Wirkungen und mögliche Gesundheitsgefahren, wenn in der Umgebung von Hochspannungsleitungen niederfrequente elektrische und magnetische Felder überlagert werden mit hochfrequenten elektromagnetischen Strahlen aus Mobilfunksendern?
29. Abgeordneter **Hans-Otto Wilhelm (Mainz)** (CDU/CSU)	Könnten die jeweils für Hochfrequenz und Niederfrequenz getrennt festgelegten Grenzwerte (z. B. Entwurf DIN VDE 0848 bzw. Empfehlung der Strahlenschutzkommission vom Februar 1995) sich für den Fall solcher Interferenzen als zu hoch erweisen?
30. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Gibt es einen abgenommenen Endbericht der Gesellschaft für Reaktorsicherheit, auf den das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit seine Aussage stützt, die Langzeitsicherheit für Morsleben für die nächsten 10 000 Jahre sei von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit nachgewiesen worden?
31. Abgeordneter **Dietmar Schütz (Oldenburg)** (SPD)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bislang ergriffen, und welche weiteren Maßnahmen wird sie ergreifen, um zu verhindern, daß die Ölplattform „Brent Spar" unter Verstoß gegen geltende Nordseeschutzabkommen und Internationales Seerecht durch Versenken im Meer „entsorgt" wird?
32. Abgeordneter **Dietmar Schütz (Oldenburg)** (SPD)	Welche Initiativen wird die Bundesregierung im Rahmen der 4. Internationalen Nordseeschutzkonferenz (INK) ergreifen, um ein verbindliches Verbot der „Entsorgung" von Ölplattformen und anderen Offshore-Einrichtungen durch Versenken im Meer zu erzielen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

33. Abgeordnete **Annelie Buntenbach** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es richtig, wie das Bundeskanzleramt in einem Brief an den Benrather Kreis vom 19. März 1992 schreibt, daß die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen des deutsch-tschechoslowakischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit das Verlangen der tschechoslowakischen Seite, die Nichtigkeit des Münchener Abkommens von 1938 festzustellen, zurückgewiesen hat, und wenn dies richtig ist, welche Gründe haben die Bundesregierung zu diesem Verhalten bewogen?

34. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Ist der Bericht der Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 1995 zutreffend, nach dem der Bundesnachrichtendienst (BND) täglich „Hunderttausende von Auslandsgesprächen" abhört, und falls ja, auf welcher Rechtsgrundlage hört der BND ab?

35. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Wird der Bundesnachrichtendienst diese Abhörpraxis mit Billigung der Bundesregierung in Zukunft fortsetzen?

36. Abgeordneter **Frederick Schulze** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung, nachdem in der Presse Ende 1992 (Focus, ddp) verschiedentlich von einem Zusammentreffen eines Mitgliedes des PDS-Vorstandes mit einem ranghohen Mitglied des libyschen Geheimdienstes die Rede war, dies zum Anlaß genommen, um diese Kontakte durch den BND zu überprüfen, und welche Erkenntnisse – auch über finanzielle Transaktionen – wurden dabei gewonnen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

37. Abgeordneter **Rezzo Schlauch** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie ist der Beschluß des Deutschen Bundestages vom 10. November 1988, der lautete: „Flugzeuge der Legion Condor haben während des spanischen Bürgerkrieges im April 1937 die Stadt Guernica (baskisch: Gernika) im Baskenland

bombardiert. Aus Anlaß des Gedenkens haben die Fraktion DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD ein Zeichen der Versöhnung und des Friedens und der Freundschaft beantragt. Es besteht Übereinstimmung, dem menschlichen und moralischen Aspekt der Anträge gerecht zu werden. Zur Realisierung wurden mehrere unterschiedliche Projekte in die Aussprache eingeführt. Kosten, deren Höhe gegenwärtig noch nicht abzuschätzen ist, werden entstehen" umgesetzt worden, und welche Kosten sind inzwischen entstanden bzw. in den Haushalt eingestellt?

38. Abgeordneter
Rezzo Schlauch
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie kommt die Enttäuschung im baskischen Gernika, die die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. Mai 1995 mit den Worten vermeldet „Die spanische Stadt Guernica ist von der deutschen Regierung offenbar so enttäuscht, daß sie erwägt, die Partnerschaft mit der badischen Stadt Pforzheim zu beenden", nach Ansicht der Bundesregierung zustande, und welche Möglichkeiten sieht sie, weiterer Enttäuschung dadurch vorzubeugen, daß das vom Deutschen Bundestag im November 1988 beschlossene Zeichen der Versöhnung und des Friedens und der Freundschaft tatsächlich gesetzt wird?

39. Abgeordneter
Dr. Egon Jüttner
(CDU/CSU)

Unterstützt die Bundesregierung die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, bei der Revision der Maastrichter Verträge der Europäischen Union 1996 das „Recht auf kommunale Selbstverwaltung" in den Vertrag aufzunehmen?

40. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)

Wann hat die Bundesregierung – der Bitte des Deutschen Bundestages folgend – den Beschluß des Deutschen Bundestages vom 16. Februar 1995 an die iranische Regierung übermittelt, in dem die iranische Regierung für die Sicherheit des Salman Rushdie verantwortlich und haftbar gemacht und aufgefordert wird, sich um die Aufhebung der Fatwa zu bemühen, und steht der Besuch des Parlamentarischen Staatssekretärs Rainer Funke bei der iranischen Regierung am 21. Mai 1995 damit in Zusammenhang?

Bonn, den 26. Mai 1995

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (0 22 42) 60 44, Telefax (0 22 42) 831 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333